



Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung



**STÄDTEBAU-
FÖRDERUNG**

von Bund, Ländern und
Gemeinden

Bundestransferstelle
Soziale Stadt

**Transferwerkstatt
Soziale Stadt –
Investitionen im Quartier**
Programmschwerpunkte
in der Praxis

29./30. April 2013

Dokumentation und
Auswertung

Berlin, Oktober 2013



**Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung**

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



Transferwerkstatt

Soziale Stadt – Investitionen im Quartier

Programmschwerpunkte in der Praxis

Montag, 29. April 2013 und Dienstag, 30 April 2013
im Kulturort DEPOT, Dortmund

PROGRAMM

Montag, 29. April 2013

12.30 Begrüßung und Einführung

Nicole Graf, Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung, Berlin
Cord-Rüdiger Carl, Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes
Nordrhein-Westfalen

**13.30 Stiftung Soziale Stadt Dortmund –Bürgerschaftliches Engagement zur Unterstützung
der Quartiersentwicklung**

Andreas Koch, Stiftung Soziale Stadt, Dortmund

14.00 Kaffeepause

14.30 Neue Programmschwerpunkte in der Praxis

**Workshop 1: Verbesserung kinder-, familien- und altengerechter bzw. weiterer so-
zialer Infrastrukturen**

Impuls: Julia Zinnow, Generationenbüro, Gemeinde Gundelsheim

Workshop 2: Einbindung Dritter in die Programmumsetzung

Impuls: Dr. Uli Glaser, Referat für Jugend, Familie und Soziales, Stadt Nürnberg

Workshop 3: Aktivierung und Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern

Impuls: Emine Başaran, Quartiermanagement Wrangelkiez, Berlin

**Workshop 4: Erarbeitung und Fortschreibung des integrierten städtebaulichen Ent-
wicklungskonzepts**

Impuls: Martin Scheuermann, Referat Nachhaltige Stadtentwicklung, Stadt Ludwigsburg

16.00 Kaffeepause

16.30 Neue Programmschwerpunkte in der Praxis – Diskussion im Plenum

**17.30 Informeller Ausklang und Gelegenheit zum anschließenden Treffen in Restaurant
„Depothek“**

Möglichkeit zum fachlichen Austausch in informeller Atmosphäre

Dienstag, 30. April 2013

9.00 Rückblick auf den 1. Tag

9.15 Parallele, geführte Exkursionen in drei Programmquartiere der Stadt Dortmund

1. Soziale Stadt Nordstadt
2. Stadtumbau Rheinische Straße: Vom Stadtumbau Rheinische Straße zum Kreativ.Quartier Unionviertel
3. Soziale Stadt und Stadtumbau Hörde/Phoenix

11.45 Kaffeepause

12.15 Unternehmen und Stiftungen für die soziale Quartiersentwicklung – Erste Erfahrungen aus dem neuen ExWoSt-Forschungsfeld

Bernhard Faller, Quaestio Forschung & Beratung, Bonn

**12.45 Neue Nachbarschaften – Verantwortung für das Miteinander vor Ort
Erfahrungen und Gute Beispiele**

Robert Ambrée, Montag Stiftung Urbane Räume, Bonn

13.15 Ausblick

Nicole Graf, Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung, Berlin

13.30 Ende der Veranstaltung

Ausklang bei einem gemeinsamen Imbiss

Moderation: Wolf-Christian Strauss, Bundestransferstelle „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“ beim Deutschen Institut für Urbanistik, Berlin

Transferwerkstatt Soziale Stadt – Investitionen im Quartier: Programmschwerpunkte in der Praxis

Am 29./30. April 2013 trafen sich im „Kulturort DEPOT“ im Programmgebiet Dortmund-Nordstadt mehr als 100 Akteure der Sozialen Stadt. Zu der Veranstaltung „Transferwerkstatt Soziale Stadt – Investitionen im Quartier: Programmschwerpunkte in der Praxis“ hatte die Bundestransferstelle Soziale Stadt beim Deutschen Institut für Urbanistik im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung (BMVBS) eingeladen.



Das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ ist im Jahr 2012 zum Programm „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“ weiterentwickelt worden. Zentrale Themenfelder im neuen Programmansatz sind:

- Einbindung von weiteren Fachpolitiken sowie Partnern aus Wirtschaft und Gesellschaft in die Programmumsetzung,
- Erarbeitung und Fortschreibung des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepts unter Berücksichtigung von Verstetigungsüberlegungen und Einbettung in gesamtstädtische Konzepte,
- Aktivierung und Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern, insbesondere von Menschen mit Migrationshintergrund sowie
- Verbesserung kinder-, familien- und altengerechter bzw. weiterer sozialer Infrastrukturen.

Ziel der Transferwerkstatt war es, Kenntnisse zur Umsetzung dieser Schwerpunkte anhand von Beispielen zu erlangen und einen intensiven Erfahrungsaustausch zwischen Akteuren der lokalen, der Landes- und der Bundesebene zu ermöglichen. Die Transferwerkstatt beschäftigte sich mit folgenden Fragen:

- Wie sollte die Neuausrichtung des Programms in den Städten und Gemeinden umgesetzt werden?
- Welche guten Beispiele zu den Programmschwerpunkten gibt es bereits in den Kommunen?
- Welche Erfahrungen gibt es mit der Einbindung von Unternehmen und Stiftungen in die soziale Quartiersentwicklung?
- Wie kann die Verantwortung für das Miteinander vor Ort gestärkt werden? Welche Erfahrungen gibt es zur Einbindung ehrenamtlichen Engagements?



Dazu wurden Praxisbeispiele aus der Arbeit ausgewählter Kommunen präsentiert. Neben kommunalen Praktiker/innen referierten auch Vertreterinnen und Vertreter der Bundes- und Landesebene sowie aus der Wissenschaft.

Begrüßung und Einführung

Nicole Graf, Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung, Berlin



Frau Graf begrüßte die Teilnehmenden zur ersten Transferwerkstatt im Programm „Soziale Stadt-Investitionen im Quartier“. Der Bund wolle damit, wie in den anderen Programmen der Städtebauförderung, einen praxisnahen Erfahrungsaustausch von lokalen Akteuren, Ländervertretern und der Bundesebene gewährleisten. Die Transferwerkstatt stehe bewusst unter keinem bestimmten Thema. Ziel sei, die Schwerpunkte der mit der in 2012 vorgenommenen Neujustierung der Sozialen

Stadt zu erörtern. Mit dieser sei es nach den erfolgten Mittelkürzungen gelungen, die Finanzmittel des Bundes in 2012 auf 40 Mio. Euro anzuheben. Der Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2013 habe eine weitere Erhöhung der Bundesmittel auf 50 Mio. Euro vorgesehen. Diesem Vorschlag sei der Deutsche Bundestag als Haushaltsgesetzgeber nicht gefolgt, so dass auch in 2013 40 Mio. Euro zur Verfügung stünden.

Neben der Mittelausstattung hätte insbesondere der Wegfall der Modellvorhaben in der Kritik gestanden: diese seien auf Grund der Beschlüsse des Haushaltsausschusses seit 2011 nicht mehr förderfähig und liefen deshalb spätestens in 2014 aus. Der Wegfall der Modellvorhaben bedeute jedoch nicht, dass sich das Programm „Soziale Stadt“ vom integrierten Ansatz verabschiedet habe, denn gerade dieser sei mit der Neujustierung noch einmal betont worden: Im Sinne der ganzheitlichen Perspektive sollen vor Ort bestehende Projekte, Programme und Netzwerke gebündelt werden. Deshalb seien solche Gesamtmaßnahmen vorrangig förderfähig, die im Fördergebiet für weitere ergänzende Maßnahmen Kooperationen mit Dritten vereinbaren.

Der Bund wolle die Bündelung mit anderen Fachpolitiken unterstützen und Elemente des ESF-Bundesprogramms „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ (BIWAQ) mit der Initiative „Jugend stärken“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zusammenführen. Dies gelte darüber hinaus auch für die verstärkte Kooperation mit Partnern aus Wirtschaft und Gesellschaft. Das könnten zum Beispiel Unternehmen sein, insbesondere mit der Wohnungswirtschaft gebe es bereits viele, langjährige gute Erfahrungen. Aber auch Produktionsbetriebe, Einzelhändler oder Dienstleister engagierten sich in ihrem Quartier.

Darüber hinaus könne man feststellen, dass sich auch Betriebe außerhalb der Stadtteile sich in benachteiligten Stadtteilen engagieren – sei es vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels oder des wachsenden gesellschaftlichen Engagements von Unternehmen und Stiftungen. Dieses Engagement sei in hohem Maße lokal ausgerichtet und stark an sozialen Fragen orientiert. Ziel sei es, dieses Engagement stärker in die soziale Stadtentwicklung einzubeziehen. Dieses Ziel werde durch das neue Forschungsfeld des Experimentellen Wohnungs- und Städtebau (kurz: ExWoSt) des BMVBS „Unternehmen und Stiftungen für die soziale Quartierentwicklung“ begleitend untersucht.

Neben dem Themenkomplex Bündelung und Kooperationen seien noch drei weitere Bereiche in der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2012 gemeinsam mit den Ländern stärker hervorgehoben worden: zum Einen die gezieltere Einbettung der integrierten Entwicklungskonzepte in gesamtstädtische Konzepte und zum Anderen die Aktivierung und Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner, insbesondere mit Migrationshintergrund. Beide Aspekte seien als Schlussfolgerung aus einem weiteren Forschungsfeld des Experimentellen Wohnungs- und Städtebau (kurz: ExWoSt) „Integration und Stadtteilpolitik“ zu sehen. Hier ging es vor allem darum, unterschiedliche Wege der Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund zu erproben und die integrierten Stadtentwicklungskonzepte mit den gesamtstädtischen Integrationskonzepten zu verschneiden.



Notwendige Werkzeuge für Bündelung, Kooperation und Beteiligung blieben unter anderem das Quartiersmanagement und der Verfügungsfonds, die deshalb auch weiterhin förderfähig seien. Schließlich nehme man bei der Weiterentwicklung auch Zukunftsthemen stärker in den Blick. So sollen die städtebaulichen Investitionen angesichts der Herausforderungen in den Quartieren gezielt für mehr Generationengerechtigkeit und Familienfreundlichkeit eingesetzt werden.

Cord-Rüdiger Carl, Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen

Herr Carl begrüßte die Teilnehmenden der Transferwerkstatt und stellte die aktuelle Entwicklung in Nordrhein-Westfalen zum Programm Soziale Stadt dar. Diese Entwicklung sei Ausdruck einer Neuorientierung der Landespolitik insgesamt: Das Stadtquartier solle zukünftig im Rahmen der von der Landesregierung für die Legislaturperiode 2012-2017 als Leitlinie verfolgten „Präventiven Politik“ stärker als förderpolitische Handlungsebene begriffen werden. Die Koalitionsvereinbarung sehe deshalb vor, alle Aktivitäten und Förderprogramme der Landesregierung quartiersbezogen auszurichten. Die Stadterneuerung und insbesondere das Programm Soziale Stadt könnten hierbei als Klammer wirken.



Zunächst werde daher für das Stadterneuerungsprogramm Soziale Stadt unter Federführung des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr ein integriertes Rahmenkonzept entwickelt, das die Aktivitäten der beteiligten Ressorts verbindlich verknüpft. Ziel sei es, eine bessere Verschränkung der baulich investiven mit sozialen, integrativen und lokal-ökonomischen

Für die Erarbeitung des Rahmenkonzeptes wurden im ersten Schritt im eigenen Hause sowie mit allen anderen Ressorts Gespräche zu quartiersrelevanten Unterstützungsangeboten hinsichtlich der Einräumung von Förderprioritäten, der Durchführung von Modellvorhaben, aber auch mit Blick auf Qualifizierung und Beratung von Akteuren in den Quartieren der Sozialen Stadt geführt. Bislang konnten über 50 solcher Unterstützungsangebote identifiziert werden (u.a. bevorzugte Förderung von Familienzentren, Fördervorrang für Maßnahmen der Regionalen Wirtschaftsförderung, Verzicht auf Belegungsbindungen, Modellvorhaben zur Weiterentwicklung von Schulen zu Quartierszentren). Die Angebote sollen bis Juni 2013 ressortintern geprüft und anschließend mit Kommunen sowie sozialen und anderen gesellschaftlichen Gruppen erörtert werden. Im Ergebnis werde es ein durch Kabinettsbeschluss verabschiedetes Arbeitsprogramm der Landesregierung für die 84 Zukunftsquartiere der Sozialen Stadt in Nordrhein-Westfalen geben, das durch die beteiligten Ressorts, Bezirksregierungen und Kommunen umgesetzt wird.

Stiftung Soziale Stadt Dortmund – Bürgerschaftliches Engagement zur Unterstützung der Quartiersentwicklung

Dr. Reinhold Schneider
 DGB-Region Dortmund-Hellweg
 Steuerberater Böcker & Kollegen
 IALD GmbH & Co KG
 GbH
 GbH
 Holding AG
 GEWOZ
 Dortmund
 Wirtschafterschaft Dortmund
 GbH
 Reinhold
 ank Neuß
 othar Nieß
 ank Nordh
 ltram Pahl
 an Schreiber
 ich Sierau
 Dr. Reinhold
 über Sticker
 litz Zoerner

- der ehrenamtliche Vorsitz durch ein **22-köpfiges** Gremium unterstützt, das ebenfalls ehrenamtlich tätig ist
- **breiter gesellschaftlicher Konsens**
- **hohes fachliches Niveau**

Neben dem jeweiligen Oberbürgermeister der Stadt Dortmund gehören auch Vertreter aus Handwerk und Dienstleistungsbereichen wie Fachleute aus Sozialverbänden, Familien, Stadtentwicklung, Arbeitsmarktförderung

Transferwerkstatt

8

boten der Sozial-, Jugend- und Seniorenhilfe sowie die Verbesserung des Dialogs der Kulturen und von Integrationshilfen für Bewohnerinnen und Bewohner, die in den benachteiligten Quartieren eine neue Heimat gefunden haben.

Die Stiftung ergänzt in Zeiten knapper öffentlicher Mittel öffentliche Hilfsangebote, ohne sie zu ersetzen. Das Stiftungskapital umfasst gut 140.000 Euro; knapp 185.000 Euro konnten bisher zur Verfügung gestellt werden, ergänzt durch bürgerschaftliches Engagement. Nachbarschafts- und Selbsthilfe wurden durch die Stiftungsarbeit angeregt und gefördert, wobei die Beseitigung genereller struktureller Defizite in benachteiligten Quartieren im Vordergrund steht, nicht jedoch die Unterstützung von Einzelpersonen. Mehrzielprojekte und integrierte Lösungsansätze werden bevorzugt gefördert. Die Stiftung ist Gesellschafterin eines Beschäftigungs- und Qualifizierungsunternehmens in der Stadterneuerung (GrünBau gGmbH) und eines Integrationsbetriebes für Menschen mit Behinderungen (GrünBau Inklusiv gGmbH). Über die Beteiligung an der GrünBau GmbH engagiert sie sich indirekt in der Schaffung von Dauerarbeitsplätzen für Geringqualifizierte (GrünBau Fairkehrssicherungsdienst GmbH). Von den 19 bislang geförderten Projekten wurden bzw. werden 15 mit Bildungs-, Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen verknüpft. Alle geförderten Projekte – beispielsweise die Erneuerung und Erweiterung eines Abenteuerplatzes und der Bau von Bürgergärten – wurden von Quartiersbewohnerinnen und -bewohner und/oder lokalen Einrichtungen angestoßen und in der Durchführung unterstützt.

Mit Blick in die Zukunft werden ein revolvierender Fonds zur Stabilisierung von Wohnquartieren (Kauf und Sanierung von Problemimmobilien durch Langzeitarbeitslose, anschließende Vermietung/Veräußerung) sowie ein Ausbildungsfonds für jugendliche Flüchtlinge mit ungesichertem Aufenthaltsstatus gemeinsam mit Partnern aus Handwerk und Gesellschaft aufgebaut. Über die unmittelbare Förderung hinaus versteht sich die Stiftung als ein Forum für konzeptionelle Diskussionen zur Förderung eines „sozialen Dortmund“, wofür das 22-köpfige Kuratorium eine gute Ausgangsbasis bildet – neben dem Oberbürgermeister der Stadt Dortmund gehören dem Gremium führende Vertreter aus Gewerkschaften, Handwerk, Industrie und Dienstleistungsgewerbe ebenso an wie Fachleute aus Wohnungswirtschaft, Sozialverbänden, Forschung und Lehre, Stadtentwicklung und Arbeitsmarktförderung. Damit ist das Kuratorium durch einen breiten gesellschaftlichen Konsens in Fragen der Entwicklung benachteiligter Wohnquartiere und ein hohes fachliches Potenzial gekennzeichnet. Kuratorium und Stiftungsvorstand arbeiten ehrenamtlich.

Workshop-Session

Workshop 1: Verbesserung kinder-, familien- und altengerechter bzw. weiterer sozialer Infrastrukturen

Impuls: Julia Zinnow, Generationenbüro, Gemeinde Gundelsheim

Moderation: Christa Böhme, Deutsches Institut für Urbanistik

In Workshop 1 ging es um die Verbesserung kinder-, familien- und altengerechter bzw. weiterer Infrastrukturen und damit um ein zentrales Handlungsfeld sowohl des neuen Programmansatzes „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“ als auch des „alten“ Programms „Soziale Stadt“. Folgende drei Fragen standen dabei im Mittelpunkt:

- Welche Bedeutung hat das Themenfeld „Verbesserung kinder-, familien- und altengerechter bzw. weiterer sozialer Infrastrukturen“ in der Programmumsetzung?
- Welche Erfahrungen werden mit der Umsetzung von Maßnahmen und Projekten in diesem Themenfeld gemacht und welche Effekte entstehen dadurch für die Quartiersentwicklung? Welche Erfolgsfaktoren gibt es?
- Welche Rahmenbedingungen (strukturell, instrumentell, finanziell) sind für die Durchführung von Maßnahmen und Projekten in diesem Themenfeld erforderlich?



Ausgangspunkt für die Diskussion bildete ein Input von Julia Zinnow, Quartiermanagerin im Generationenbüro der Gemeinde Gundelsheim (Landkreis Bamberg). Sie berichtete über die Entwicklung generationenübergreifender Infrastrukturmodelle im Ortskern der kleinen bayerischen Kommune, der 2010 in das Programm Soziale Stadt aufgenommen wurde. Anlass für die infrastrukturelle Entwicklung ist vor allem die in den ver-

gangenen Jahren in der Gemeinde zu beobachtende deutliche Zunahme des Anteils älterer Menschen, die mit einem Nachholbedarf mit Blick auf die Einrichtungen für diese Zielgruppe (u.a. betreute Wohnformen, Anlauf- und Stützpunkte) einhergeht. Vor diesem Hintergrund wurde Ende 2012 zunächst der Neubau eines Seniorenzentrums mit einem Angebot „Betreutes Wohnen“ fertiggestellt. Angrenzend an dieses Zentrum soll im Laufe des Jahres 2013 die Anlage eines etwa 4.500 m² großen generationenübergreifenden Bürgerparks abgeschlossen und damit die Basis für eine Vernetzung zwischen Seniorenzentrum und benachbarten Kinder- und Jugendeinrichtungen (Schulkomplex, Jugendfreizeitanlage, Kindergarten) geschaffen werden. Bei der Planung des als Modellvorhaben Soziale Stadt geförderten Parks „Generationen finden Raum“ hat das lokale Quartiermanagement alle Ziel- und Altersgruppen aktiv einbezogen, um deren Eigenengagement zu fördern. Diesem Ziel dient auch der im Jahr 2011 von der Gemeinde eingerichtete Verfügungsfonds, mit dem kurzfristig und unbürokratisch soziale, kulturelle, ökologische oder sportliche Projekte von Bürgerinnen und Bürgern, Initiativen, Einrichtungen und Vereinen finanziell unterstützt werden.

In der anschließenden Diskussion wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Workshops hinsichtlich der Bedeutung des Themenfeldes „Verbesserung kinder-, familien- und altengerechter bzw. weiterer sozialer Infrastrukturen“ in der Programmumsetzung die Impulswirkung zur Neuaufstellung von Infrastrukturen herausgestellt, die von diesem Handlungsfeld auch mit Blick auf die in vielen Programmgebieten der Sozialen Stadt vorhandene interkulturelle Vielfalt ausginge.

Bei der Umsetzung von Maßnahmen und Projekten in diesem Themenfeld zeige sich, so die Workshopteilnehmerinnen und -teilnehmer, dass Schule hierbei ein wichtiger Kooperationspartner sei. Gleichzeitig handele es sich jedoch bei der Institution Schule um das „dickste Brett“, das es in der Programmumsetzung „zu bohren“ gelte. Grund dafür sei nicht zuletzt die vielfach zu beobachtende Überforderung von Schulen. Diese habe ihre Ursache zu einem großen Teil in der gewachsenen Komplexität von Aufgaben und Erwartungen, die an Schulen im Zusammenhang mit der Bildungsmisere herangetragen werden. Neben der Gewinnung von Schule als Kooperationspartner wurde als ein weiterer wichtiger Erfolgsfaktor für das Gelingen von Projekten im Bereich sozialer Infrastrukturen die Unterstützung durch eine intelligente Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik im Workshop benannt.



Mit Blick auf erforderliche Rahmenbedingungen für die Durchführung von Maßnahmen und Projekten zur Verbesserung sozialer Infrastrukturen betonten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer folgende – insbesondere finanzielle – Aspekte:

- Für den Erhalt von Strukturen im Stadtteil sei grundsätzlich eine Sockelfinanzierung über die Programmlaufzeit hinaus notwendig.
- Einzelne Quartiere bedürften mit Blick auf ihre fortwährenden Integrationsleistungen für sozial bzw. sozio-ökonomisch benachteiligte Bevölkerungsgruppen zudem einer über eine solche Sockelfinanzierung hinausgehenden dauerhaften finanziellen Unterstützung.
- Vor dem Hintergrund der baulich-investiven Ausrichtung des Programms „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“ sei die Einrichtung eines Budgets „Soziale Projekte“ durch Bund und Länder erforderlich.

Workshop 2: Einbindung Dritter in die Programmumsetzung

Impuls: Dr. Uli Glaser, Referat für Jugend, Familie und Soziales, Stadt Nürnberg

Moderation: Susanne Glöckner,
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Im Mittelpunkt der Diskussion von Workshop 2 stand die Frage, auf welchem Wege weitere Partner aus Wirtschaft und Gesellschaft verstärkt in die Entwicklung von Fördergebieten der Sozialen Stadt eingebunden werden können. Mit der Weiterentwicklung des Städtebauförderungsprogramms im Jahr 2012 hat dieses Handlungsfeld an Bedeutung gewonnen.



Der Workshop 2 behandelte zunächst Fragen nach dem grundsätzlichen Stellenwert der Einbindung Dritter – im Schwerpunkt von Unternehmen und Stiftungen – aus Sicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie nach konkreten Praxiserfahrungen bei der Programmumsetzung und den damit verbundenen Wirkungen in den Fördergebieten. Darüber hinaus ging es um Rahmenbedingungen bzw. Erfolgsfaktoren, die für die Verzahnung gesellschaftlichen Engagements von privaten Dritten mit den Maßnahmen der Sozialen Stadt im Quartier notwendig sind.

Den fachlichen Impuls der Diskussion gab zunächst Herr Dr. Glaser, Referat für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg, zuständig für die Stabsstelle „Bürgerschaftliches Engagement und ‚Corporate Citizenship‘“. In seinem Vortrag stellte er das sozialraumorientierte Modell der „Stadtteilpatenschaften“ vor, das seit 2010 in Nürnberg zum Einsatz kommt. Darin übernehmen private Förderer, z.B. Unternehmer oder Stifter, die Patenschaft für ganze Stadtteile, für die die Stadt auf Basis des Stadtteilmonitoring einen besonderen Entwicklungsbedarf erkannt hat (darunter auch Fördergebiete der Sozialen Stadt). In diesen Quartieren hat die Stadt eine mehrjährige Stadtteilkoordination eingesetzt und stellt zudem weitere Projektmittel für sozial-integrative Maßnahmen bereit. Für die Patenschaft ist eine mehrjährige Zusammenarbeit vorgesehen, in der die privaten Förderer einen Stadtteil ideell und finanziell (jährlich mind. rd. 25.000 Euro) unterstützen. In ihrer Rolle setzen sie dabei unterschiedliche Schwerpunkte: nur als Projektförderer oder darüber hinaus als grundsätzlicher Ansprechpartner für Stadtteilbelange, Multiplikator und aktiver Projektpartner. Es wird eine grundsätzliche Kooperationsvereinbarung geschlossen, ein jährlicher Zielkatalog vereinbart und es finden regelmäßige Gespräche zwischen Stadtteilkoordination und Paten statt. Ein besonderer (z.B. persönlicher oder betrieblicher) Stadtteilbezug des Förderers ist dabei zwar naheliegend, aber keine Vorbedingung. Mittlerweile wird das Modell für drei Stadtteile eingesetzt (Gostenhof: Brochierstiftung, Gibitzenhof: Siemens AG, St. Leonhard-Schweinau: Schwan STABILO Cosmetics), weitere sind in Vorbereitung.

Eine wesentliche Grundlage für das Stadtteilpatenmodell ist u.a. die sozialraumorientierte Ausrichtung der kommunalen Sozialpolitik. In ihrem sozialpolitischen Orientierungsrahmen hat die Stadt in zehn strategischen Leitlinien eine gemeinsame Zielrichtung für eine ressort-

übergreifende, nachhaltige Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik vorgegeben (u.a. „Sozialräume entwickeln, Stadtteile solidarisch gestalten“).

In der anschließenden Workshop-Diskussion wurde von verschiedenen Teilnehmerinnen und Teilnehmern herausgestellt, dass in den Kommunen bzw. auch auf Stadtteilebene zahlreiche mittlere bis z.T. sehr kleine Unternehmen vertreten sind, deren Bereitschaft zu gesellschaftlichem Engagement erkennbar sei bzw. bereits in verschiedener Form stattfinde. Große Konzerne, die sich engagierten – wie in Nürnberg – seien dagegen noch eher die Ausnahme oder nicht am Standort vertreten. Gute Erfahrungen in den Fördergebieten der Sozialen Stadt gebe es bisher vor allem mit dort ansässigen Wohnungsbaugesellschaften, indem sie sich aktiv mit verschiedenen Projekten finanziell und ideell in den Stadtteilentwicklungsprozess einbringen. Grundsätzlich zeigten jedoch die Erfahrungen, dass es – im Vergleich z.B. zum Kultur- oder Sportbereich – noch schwierig sei, unternehmerisches gesellschaftliches Engagement für strukturschwache Stadtteile zu gewinnen, also räumlich auszurichten. Darüber hinaus spiele dieses Thema zumeist bisher auch für die kommunale Wirtschaftsförderung noch keine nennenswerte Rolle.

In der Diskussion wurden verschiedene Faktoren genannt, mit denen Unternehmen und Stiftungen erfolgreich dafür gewonnen werden können, sich in Soziale Stadt-Gebieten beispielsweise für soziale Projekte zu engagieren. So seien klare rahmende Strukturen, z.B. in der Verwaltung bzw. der Politik, sowie die Benennung von Ansprechpartnern hilfreich. Jeweilige Kooperationsformen mit Unternehmen und Stiftungen sollten jedoch immer auf die spezifischen lokalen (räumlichen, sozialen, wirtschaftlichen, politischen ...) Gegebenheiten abgestimmt sein. Darüber hinaus handle es sich zwischen öffentlicher Hand und Unternehmen bzw. Stiftung immer um einen Interessensausgleich und in dem Sinne um einen Aushandlungsprozess – möglichst auf Augenhöhe – zu Art und Umfang der Unterstützung. Diese müsse sich nicht zwingend auf die gesamte Stadtteilebene erstrecken (vergleichbar zu Nürnberg), auch die Förderung nur von Einzelprojekten sei sinnvoll. Wichtig sei aber, dass privates Engagement mit den übrigen Aktivitäten des integrierten Stadtteilentwicklungsprozesses übereinstimme/einhergehe.



In der Diskussionsrunde wurde darüber hinaus betont, dass die Unterstützung durch Stiftungen und Unternehmen nicht zu einem Rückzug der öffentlichen Hand aus ihren Pflichten der Daseinsvorsorge und in dem Zusammenhang zu einem Fördermittlersatz führen dürfe. Vielmehr sei es in der Ansprache möglicher Förderer und in der Kommunikation nach außen und innen wichtig zu vermitteln, dass es sich bei privatem Engagement um zusätzliche Aktivitäten handle, die die Maßnahmen des Sanierungsprozesses sinnvoll ergänzten.

Workshop 3: Aktivierung und Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern

Impuls: Emine Başaran, Quartiermanagement Wrangelkiez, Berlin

Moderation: Dr. Thomas Franke, Deutsches Institut für Urbanistik

In Workshop 3 ging es unter anderem darum, bewährte und innovative Strategien bzw. Instrumente der Aktivierung und Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern zu diskutieren – insbesondere vor dem Hintergrund einer vielerorts nach wie vor schwierigen Erreichbarkeit einzelner Zielgruppen. Folgende drei Fragen standen dabei im Mittelpunkt:

- Welche Bedeutung hat das Themenfeld „Aktivierung und Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern“ in der Programmumsetzung?
- Welche Erfahrungen werden mit der Aktivierung und Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern gemacht und welche Effekte entstehen dadurch für die Quartiersentwicklung? Welche Erfolgsfaktoren gibt es?
- Welche Rahmenbedingungen (strukturell, instrumentell, finanziell) sind für die Aktivierung und Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern erforderlich?



In ihrem Diskussionsinput erläuterte Emine Başaran vom Quartiermanagement Wrangelkiez aus Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg das Beteiligungsprojekt „Imece“, das für und gemeinsam mit türkischstämmigen Bewohnerinnen und Bewohnern entwickelt wurde. Angeknüpft wurde hier an die Tradition des kollektiven Handelns in anatolischen Dörfern, aus denen ein Großteil der türkischen „Gastarbeiter“ der ersten Generation stammt, die im Wrangelkiez leben. „Imece“ bedeutet „Gemeinschaftsarbeiten mit vereinten Kräften“ im Rahmen schnell zu realisierender Aktionen wie Instandsetzungs- und landwirtschaftliche Arbeiten oder das Ausrichten von Festen. Auf die Situation im Wrangelkiez bezogen lassen sich daraus die Prämissen persönliche Ansprache und informeller Charakter von Gesprächstreffen übertragen, die in einem ersten Schritt mit der Methode der aktivierenden Befragung kombiniert wurden. Neu daran ist, dass bewährte Aktivierungs- und Beteiligungsinstrumente mit den Traditionen und den Erfahrungshintergründen der türkischsprachigen Quartiersbewohnerinnen und -bewohner kombiniert werden. Das Beteiligungsverfahren umfasst die drei Stufen Kontaktaufnahme zu den Bewohnern („Was gefällt Ihnen im Stadtteil?“, „Was gefällt Ihnen nicht im Stadtteil?“, „Was muss im Stadtteil gemacht werden und wo würden Sie mitmachen?“), Realisierung von ersten Maßnahmen (z.B. Baumscheibenbegrünung oder Instandsetzung von Spielgeräten) sowie Verstetigung und Ausweitung von Aktivitäten. Der Erfolg von „Imece“ basiert insbesondere darauf, dass die Zugehenden (Quartiermanagement, sonstige mit Aktivierung und Beteiligung betraute Akteure) dem gleichen Sprachkreis wie der Zielgruppe angehören und die Kommunikationsmuster im Rahmen von Partizipationsverfahren auch an den kulturellen Gepflogenheiten der zu Beteiligenden ausgerichtet werden.

Die anschließende Diskussion zeigte vor allem, dass die Aktivierung und Beteiligung der Quartiersbewohnerschaft nach wie vor einen zentralen Stellenwert bei der Umsetzung des Programms Soziale Stadt hat, sich Rahmenbedingungen, Zielsetzungen und eingesetzte Instrumente von Kommune zu Kommune jedoch teilweise erheblich unterscheiden. Dies wurde auf der einen Seite als flexible Reaktion auf eine je spezifische Situation positiv gewertet. Auf der anderen Seite beklagten einige Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer eine zu

geringe Berücksichtigung von mittlerweile „allgemeingültigen“ Erkenntnissen zu Aktivierung und Beteiligung in ihren Kommunen. Dazu gehöre beispielsweise eine vielerorts als zu gering eingeschätzte Bereitschaft, Ressourcen in stärkerem Maße nicht nur für eher formale Beteiligungsprozesse, sondern vor allem auch für die projektunspezifische – und damit in ihrer Wirkung schwieriger zu „messende“ – Aktivierung von Gebietsbewohnerinnen und -bewohnern im Sinne von Gemeinwesenarbeit bereitzustellen. Dies sei jedoch notwendig, wolle man im Sinne der eingangs geschilderten Bemühungen um die Beteiligung bisher kaum erreichter Bevölkerungsgruppen genau diesen Personenkreis aktiver in die Quartiersentwicklung einbeziehen.



Damit zusammenhängend wurde die Frage nach den Zielen von Aktivierung und Beteiligung gestellt – in der Diskussion maßen viele Workshopteilnehmerinnen und -teilnehmer der eher unspezifischen, zugehenden Ansprache im Zuge von Aktivierung einen mindestens gleich großen Stellenwert bei wie den meist auf konkrete Maßnahmen und Projekte fokussierten Beteiligungsangeboten. Ein weiterer Diskussionspunkt thematisierte die Frage, wie die im Quartier aufgebauten Aktivierungs- und Beteiligungsstrukturen und -verfahren nach Beendigung einer Förderung aus dem Programm Soziale Stadt im Zuge einer Verstetigungsstrategie aufrechterhalten werden können. Besondere Bedeutung wurde hier der kommunalen Regelfinanzierung zumindest einer „Motorenfunktion“ (des Quartiermanagements oder anderer lokale Akteure) beigemessen, ohne die Aktivitäten vor Ort erlahmen würden.

Die Workshopergebnisse lassen sich in vier zentralen Aussagen bzw. Thesen zusammenfassen:

- Jede Bevölkerungsgruppe lässt sich aktivieren – der richtige (sprachliche und kulturelle) Zugang vorausgesetzt.
- Aktivierung gewinnt gegenüber Beteiligung an Bedeutung.
- „Erfolge“ von Aktivierung und Beteiligung lassen sich kaum in Zahlen messen.
- Mit Blick auf Aktivierung und Beteiligung bedeutet „Verstetigung“ vor allem die kommunale Regelfinanzierung von „Motorenfunktionen“ vor Ort (Quartiermanagement etc.).

Workshop 4: Erarbeitung und Fortschreibung des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepts

Impuls: Martin Scheuermann, Referat Nachhaltige Stadtentwicklung, Stadt Ludwigsburg

Moderation: Wolf-Christian Strauss, Deutsches Institut für Urbanistik

In Workshop 4 ging es um die Erarbeitung und Fortschreibung des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepts – einem zentralen instrumentell-strategischen Handlungsfeld des Programmansatzes „Soziale Stadt“. Folgende drei Fragen standen dabei im Mittelpunkt:

- Welche Bedeutung haben Integrierte Entwicklungskonzepte für die Umsetzung der Sozialen Stadt in Ihrer Kommune?
- Welche Erfahrungen haben Sie mit der Erarbeitung und Fortschreibung von Integrierten Entwicklungskonzepten gemacht? Können Sie Erfolgsfaktoren benennen?
- Welche Rahmenbedingungen (strukturell, instrumentell, finanziell) sind für die Erarbeitung und Fortschreibung von Integrierten Entwicklungskonzepten notwendig?

Hintergrund für die Diskussion im Workshop bildete ein Impulsvortrag von Martin Scheuermann, Mitarbeiter im Referat Nachhaltige Stadtentwicklung der Stadt Ludwigsburg und dort zuständig für das Soziale-Stadt-Gebiet „Grünbühl-Sonnenberg/Karlshöhe“. Er stellte den



umfangreichen Prozess zur Etablierung des Ansatzes einer integrierten Stadtentwicklung als gesamtstädtische kommunale Handlungsstrategie vor. Für Ludwigsburg ist Nachhaltige Stadtentwicklung ein Dreiklang aus wirtschaftlicher Entwicklung, sozialem Ausgleich und einer gesunden Umwelt – diese Elemente lassen sich nur integriert betrachten, wenn man eine gemeinsame Vorstellung von der zukünftigen Entwicklung der Kommune erreichen will, so Herr

Scheuermann. Wesentliches Merkmal der Stadtentwicklung in Ludwigsburg ist dabei ein abgestuftes System von Plantypen auf verschiedenen räumlichen Planungsebenen. Diese stehen wechselseitig zueinander in Beziehung und werden aufeinander abgestimmt. Das gesamtstädtische Stadtentwicklungskonzept (SEK) wird in thematischen Masterplänen konkretisiert und die strategischen Zielsetzungen auf Stadtteilebene in Stadtteilentwicklungsplänen (STEP) heruntergebrochen. Die Integrierten Entwicklungskonzepte der Sozialen Stadt stellen dabei auf Ebene des Quartiers die unterste Planungsschicht dar und sind Bestandteil des jeweiligen STEP für den Stadtteil.

Die Aufstellung der Pläne erfolgt jeweils unter einer breiten Bürgerbeteiligung: So wurde bereits das gesamtstädtische Stadtentwicklungskonzept (SEK) „Chancen für Ludwigsburg“ (Leitsätze und Ziele zu 11 Themenfeldern) 2006 in sehr großen Zukunftskonferenzen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt. Für die regelmäßig vorgesehene Fortschreibung wurde dieser Prozess 2009 und 2012 wiederholt. Parallel dazu wurde auch die

Verwaltungsorganisation der Stadt Ludwigsburg weiterentwickelt und Ende 2008 als Querschnittseinheit das Referat Nachhaltige Stadtentwicklung eingerichtet. Zu seinen Aufgaben gehören unter anderem die Steuerung und Koordination, die Vernetzung über Fach- und Ressortgrenzen hinaus, die Umsetzung der Beschlüsse des Gemeinderats und die Weiterentwicklung des Ansatzes einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

In der anschließenden Diskussion wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Workshops die weiterhin große Bedeutung Integrierter Entwicklungskonzepte – nicht nur in der Programmumsetzung Soziale Stadt – betont. Allerdings würden sie nur in wenigen Kommunen (wie in Ludwigsburg) aus Überzeugung erstellt, vielmehr sei die Erstellung häufig „fördermittelinduziert“. Die Integrierten Konzepte – unabhängig von ihrer Betitelung als IHK, IEK, ISEK oder INSEK – seien in ihrem Aufbau und den inhaltlichen Aussagen „häufig austauschbar“, wenig konkret oder kritisch und eher als „Schönwetterkonzepte“ zu bezeichnen. Manchmal ginge es darum sagen zu können, „so ein Konzept haben wir auch“, so ein Diskussionsbeitrag. Offen blieb woran diese als gering eingeschätzte Qualität der Konzepte liegt – zwischen vierjährigen Legislaturperioden und Wiederwahlwünschen, mangelnder kommunaler Konfliktbereitschaft und dem reinen Ziel, finanzielle Förderung zu erhalten und dafür die Anforderungen zu erfüllen, wurden verschiedene Einschätzungen genannt. Herr Scheuermann ergänzte, dass Konzepte nur dann Qualität besitzen, wenn sie auf die jeweiligen kommunalen Erfordernisse Bezug nehmen. Die Kommunen müssen für sich klären, wo objektiv der größte Handlungsbedarf besteht.



Zur Frage der Einbettung von Integrierten Entwicklungskonzepten der Sozialen Stadt in gesamtstädtische Überlegungen wurde von den Workshopsteilnehmerinnen und -teilnehmern die Erfahrung wiedergegeben, dass zwar Inhalte aus gesamtstädtischen Konzepten auf die Ebene der Sozialen Stadt einstrahlen, der eigentlich ebenso erforderliche umgekehrte Weg aber kaum Berücksichtigung finde. Auch beim Rhythmus der Überprüfung und Fortschreibung der Konzepte gingen die Meinungen je nach Ebene des Konzepts auseinander. Für gesamtstädtische Konzepte wurde eine Fortschreibung mindestens alle fünf Jahre gesehen, bei Konzepten der Sozialen Stadt sollte die Überprüfung aber jährlich erfolgen.

Von den Diskutantinnen und Diskutanten wurden als erforderliche Rahmenbedingungen für Erarbeitung und Fortschreibung Integrierter Entwicklungskonzepte benannt:

- Hilfreich wäre die Aufstellung von Qualitätskriterien für IEKs, die im Rahmen von Förderprogrammen erfüllt werden müssen. Entsprechende Regelungen gibt es bereits in einigen Bundesländern (z.B. Saarland, Sachsen), in anderen Ländern fehlen sie. Auf Bundesebene wird derzeit gerade ein „Leitfaden zur Aufstellung integrierter städtebaulicher Konzepte“ erarbeitet, der eine länderübergreifende Darstellung von (Förder-)Rahmenbedingungen und Empfehlungen geben soll.

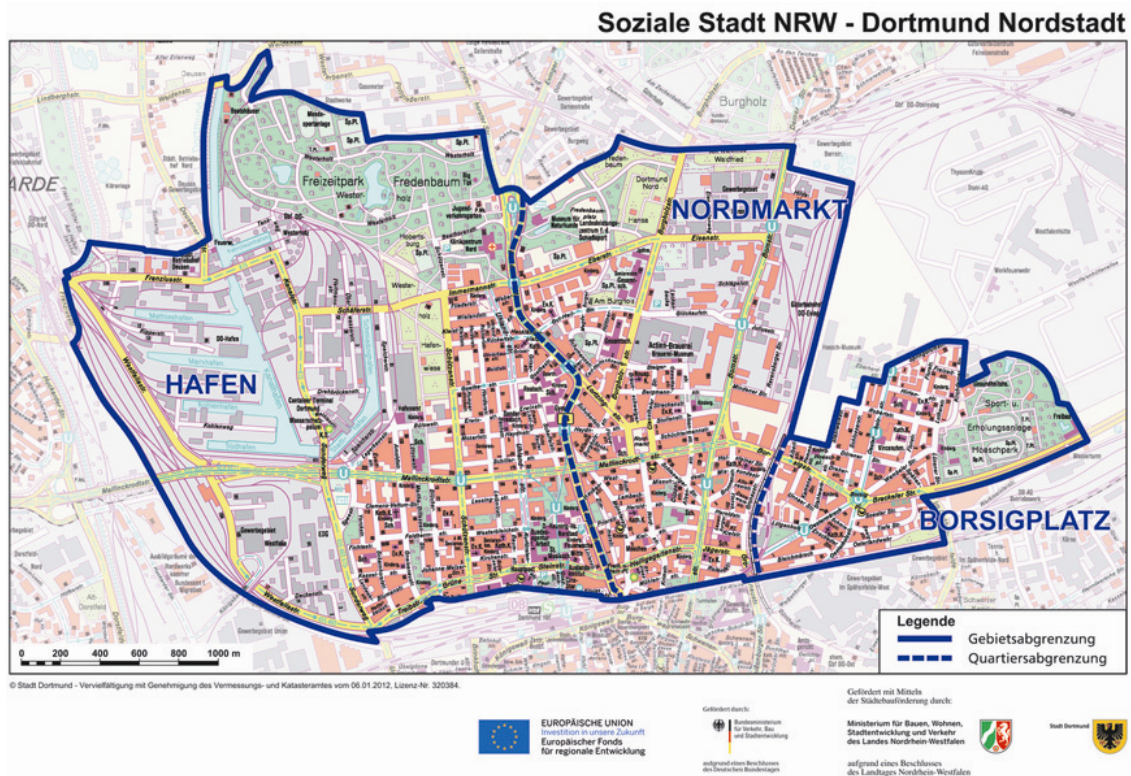
-
- Eine Förderung oder anderweitige Unterstützung durch das Land bei der Finanzierung der Aufstellung von Integrierten Konzepten ist erforderlich. Dass entsprechende Ansätze erfolgreich sind – und aus Sicht des Landes einen deutlichen Mehrwert haben – zeigt sich beispielsweise im Saarland. Auch in den Neuen Ländern hat eine solche Förderung Anfang der 2000er Jahre zur fast flächendeckenden Aufstellung gesamtstädtischer Konzepte geführt. Allerdings muss im Zusammenhang mit einer Förderung das Problem des Eigenanteils in Haushaltssicherungsgemeinden berücksichtigt werden.
 - Von zentraler Bedeutung für die Aufstellung qualitativ hochwertiger Integrierter Konzepte sind die Einbindung der lokalen Politik und deren Rückendeckung. Ohne den politischen Willen und auch den Umsetzungswillen der jeweiligen Stadtspitze sind die Konzepte in der Regel Makulatur.
 - Die Einrichtung einer eigenen Organisationseinheit in der Kommunalverwaltung – ähnlich dem Impulsbeispiel Ludwigsburg – kann hilfreich sein. So könnte auch dem regelmäßigen Problem der Ressourcenknappheit im Konflikt zwischen Bearbeitung der durch die Sonderförderung entstehenden Aufgaben und dem Alltagsgeschäft begegnet werden.
 - Wichtig ist auch die Durchführung von Evaluationen. Es bestand Einigkeit, dass diese im Prinzip erforderlich wären, die tatsächliche Durchführung aber häufig an erheblichen Ressourcenengpässen scheitern würde.



Geführte Exkursionen in Programmquartiere der Stadt Dortmund

Exkursion 1: Soziale Stadt Nordstadt

Führung: Heike Lindenblatt, Geschäftsbereich Stadterneuerung des Stadtplanungs- und Bauordnungsamtes der Stadt Dortmund
Kerstin Schmidt-Petrol, Aktionsraumbeauftragte für die Aktionsräume Nordstadt der Stadt Dortmund



Die in der Nähe zur Innenstadt gelegene Dortmunder Nordstadt mit einer Gesamtfläche von 1.444 Hektar erstreckt sich über drei Quartiere: Hafen, Nordmarkt und Borsigplatz. Die rund 53.000 Einwohnerinnen und Einwohner der Nordstadt, davon 57,5 Prozent mit Migrationshintergrund, leben in hoch verdichteten Wohngebieten auf weniger als 300 Hektar; der Rest des Stadtteils wird durch die Westfalenhütte, den Hafen, den Fredenbaumpark, den Hoshpark und einige Kleingartenanlagen in Anspruch genommen.



Die Nordstadt ist in mehrerlei Hinsicht auch aufgrund der jüngeren industriellen Vergangenheit der Region (Abbau von Bergbau-, Stahlindustrie und weiterer Industriebranchen) ein Stadtteil mit hohem Entwicklungsbedarf. Trotz vielfältiger Anstrengungen unter anderem im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN II, des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt und des Handlungsprogramms „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ des Landes Nordrhein-Westfalen ist die Nordstadt verglichen mit

der Gesamtstadt noch immer durch hohe Arbeitslosigkeit (insbesondere von jungen Menschen und Migranten), ein hohes Armuts- und niedriges Bildungsniveau, eine noch auszugleichende Branchenverteilung sowie ein zu verbesserndes Image gekennzeichnet.

Die Exkursion führte zu einigen zentralen Projekten der integrierten Stadtteilentwicklung in der Dortmunder Nordstadt:

- *Depot Immermannstraße*: Die denkmalgeschützte ehemalige Straßenbahnhauptwerkstatt der Dortmunder Stadtwerke wird seit dem Jahr 2001 als Zentrum für Kunst, Kultur, Handwerk und Nachbarschaft genutzt.

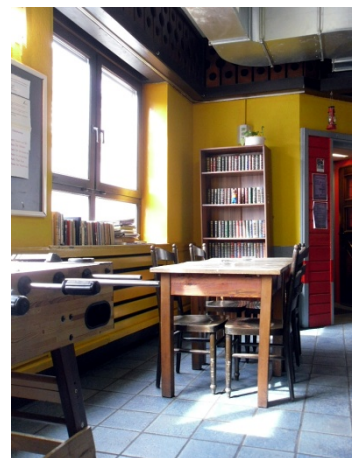
- *Werkstatt Passgenau*: Die Werkstatt ist ein Projekt der Arbeitsförderung und beruflichen Qualifizierung für arbeitslose und benachteiligte Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt kaum Chancen haben. Die qualifizierende und tagesstrukturierende Mitarbeit in der Werkstatt Passgenau soll die Möglichkeit bieten, die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Die Werkstatt bietet Arbeiten und Leistungen in den Bereichen Schreinerei, Möbelaufarbeitung, Garten, Renovierung, Transport und Entrümpelung, Kleidersortierung sowie im Bereich „Weiße Ware“ an.



- *Nordmarkt*: Der gründerzeitliche Quartiersplatz wurde bereits Mitte der 1990er Jahre umgestaltet, um seine Aufenthaltsqualität zu verbessern. Flankiert wurde die Umgestaltung von sozialen Begleitmaßnahmen. Die Diakonie betreibt den Nordmarkt-Kiosk als Kontakt- und Kommunikationsmöglichkeit für alle Nutzer des Nordmarkts und als Anlaufstelle der Straßensozialarbeit und pflegt den Platz, die Grünanlage und den Spielplatz.



- *Café Berta*: Das „Café Berta“ bietet alkoholkonsumierenden Menschen am Nordmarkt und Umgebung einen geschützten Raum, in dem sie sich aufhalten, treffen sowie selbst mitgebrachte alkoholische Getränke (bis zu 14 Prozent Alkoholgehalt) konsumieren können. Gleichzeitig besteht die Möglichkeit zur Beratung in allen Lebenslagen sowie der Unterstützung bei der Wohnungs- und Arbeitssuche. Zudem wird wöchentlich eine kostenlose ärztliche Versorgung angeboten.



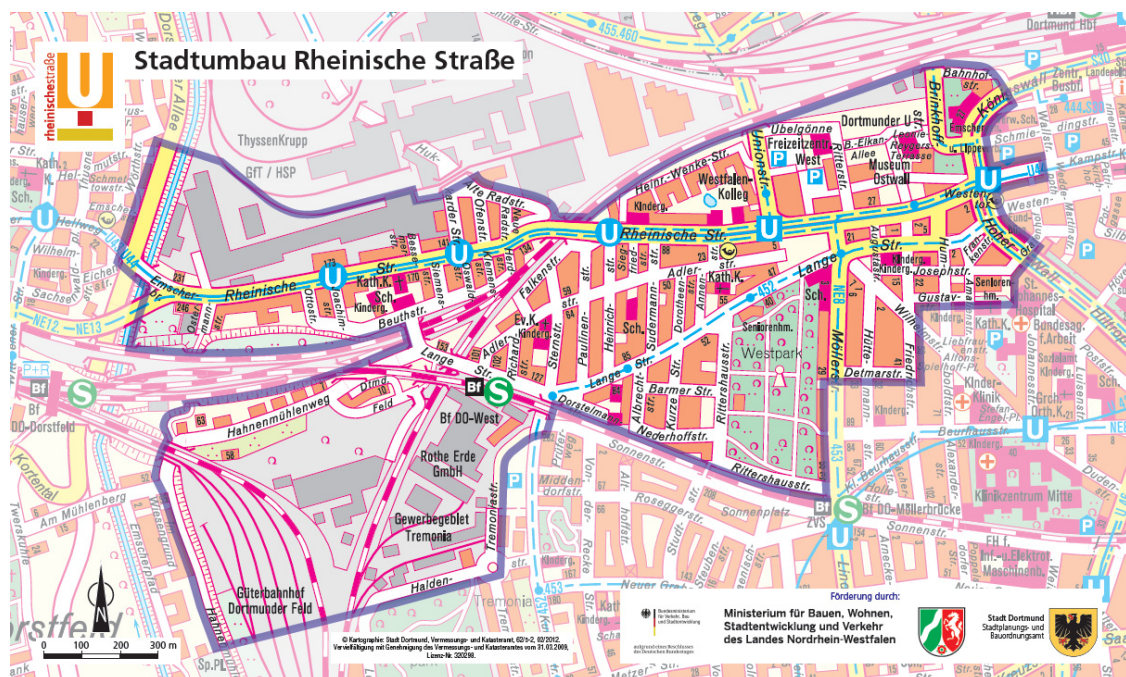
- *„Bunter Garten Nord“*: In die Wege geleitet von „Bunte Schule Dortmund“, einer Initiative zur Errichtung einer interkulturellen Waldorfschule in der Dortmunder Nordstadt, und unterstützt vom Quartiersmanagement wird derzeit in der Nordstadt durch zahlreiche Beteiligte aus der Nachbarschaft ein interkultureller Garten angelegt.

- **Projekt „Schritt-Weise“:** Das DiakonischeWerk Dortmund und Lünen GmbH informiert und berät Eltern mit schulpflichtigen Kindern aus Rumänien und Bulgarien rund um die Themen Schule (Anmeldung, Schulsystem, Lernstörungen, Schulwechsel), Leben in Deutschland (Informationen über Aufenthalt, Anmeldung, Elterngeld, Kindergeld, Behörden) und Leben in Dortmund (Freizeitangebote, Weiterleitung zu anderen Fachstellen und Institutionen).



Exkursion 2: Stadtumbau Rheinische Straße: Vom Stadtumbau Rheinische Straße zum Kreativ.Quartier Unionviertel

Führung: Karen Martens, Geschäftsbereich Stadterneuerung des Stadtplanungs- und Bauordnungsamtes der Stadt Dortmund
 Ina Tranow, Geschäftsbereich Stadterneuerung des Stadtplanungs- und Bauordnungsamtes der Stadt Dortmund
 Helga Beckmann, Planungsgruppe STADTBÜRO, Quartiersmanagement Rheinische Straße



Das Stadtumbaugebiet Rheinische Straße liegt im Westen Dortmunds und zentral zur Innenstadt. Es ist als Aktionsraum „Dorstfelder Brücke“ gleichzeitig auch Bestandteil des kommunalen Aktionsplans „Soziale Stadt“ der Stadt Dortmund. Das 155 ha große Quartier erstreckt sich entlang der namensgebenden Rheinischen Straße vom Königswall im Osten bis zur Emischer im Westen. Im Norden und Süden wird es von Bahnflächen und großen Gewerbeflächen begrenzt. Es umfasst sowohl überwiegend von Wohnbebauung geprägte Bereiche, als



auch große Industrie- und Gewerbeflächen. Dabei weist das Quartier mit seinen rund 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern eine im Vergleich zur Gesamtstadt sehr hohe Einwohnerdichte auf. Neben einem vergleichsweise hohen Migrantenanteil (16%) zeichnet sich die Sozialstruktur durch einen geringen Anteil von Kindern und Jugendlichen sowie von älteren Bewohnerinnen und Bewohnern aus. Seit der Schließung der traditionellen Industriebetriebe (im Wesentlichen Brauereien) und im Zuge des wirtschaftlichen Strukturwandels gab es im Viertel deutliche Funktionsverluste als Wohn-, Versorgungs- und Arbeitsstandort. Das Stadtumbaugebiet war ein „Stadtteil ohne eigene Identität“. Daher wurde der – mittlerweile sehr erfolgreiche – Versuch einer Identitätsbildung durch die Marke „Unionviertel“ unternommen. Zusätzlichen Schub gab auch die Festlegung als offizielles „Kreativquartier“ durch die Landesregierung. Mittlerweile siedeln sich zunehmend Kreativeinrichtungen im Gebiet an und es ist ein Zuzug von Studenten sowie ein sinkender Wohnungsleerstand zu beobachten.



Seit 2008 wird für eine Laufzeit von zehn Jahren mit rund 16 Millionen Euro Fördermitteln das Städtebauförderungsprogramm „Stadtumbau West“ im Quartier Rheinische Straße umgesetzt. Insgesamt werden 27 Einzelprojekte durchgeführt, davon befinden sich vierzehn in der Umsetzung, vier sind bereits abgeschlossen und neun noch geplant – rund zwei Drittel der Mittel werden dabei für investive Vorhaben eingesetzt.

Die Exkursion führte zu einigen zentralen Projekten der integrierten Stadtteilentwicklung im Bereich des Quartiers Rheinische Straße:

- *Dortmunder U*: Der am östlichen Eingang der Quartiers befindliche U-Turm hat sich als industrielles Erbe seit seiner Eröffnung im Zuge der Kulturhauptstadt zum Sinnbild der Dortmunder Brauereigeschichte und Wahrzeichen Dortmunds entwickelt. Er ist mittlerweile Zentrum für Kunst und Kreativität und spielt eine wichtige Rolle als Imagefaktor sowie Impulsgeber für das „Unionviertel“. Der Umbau des Dortmunder U's wurde aus Mitteln der Kulturförderung finanziert, die umliegenden Plätze („Park der Partnerstädte“) wurden im Rahmen des Stadtumbaus aufgewertet.
- *Spiel- und Toberaum Westpark*: Der Westpark – die einzige größere Grün- und Freifläche im Stadtteil – war lange ungepflegt und besaß eine erhebliche Drogenproblematik. Im Zuge des Stadtumbaus sollte die Grünfläche dem Stadtteil wieder zurückgegeben werden. Unter anderem



wurden Beteiligungsverfahren zur Gestaltung durchgeführt und zwei Spielplätze „als Anker“ neu gestaltet.

- *Hof- und Fassadenprogramm:* Im Rahmen des Stadtumbaus wird die Aufwertung von Fassaden und Höfen als eine gute Möglichkeit zur Verbesserung des Erscheinungsbildes und der Lebensqualität im Quartier Rheinische Straße gesehen. Durch das Programm werden Eigentümer/innen bei der Fassadengestaltung bzw. bei der Haus- und Hofbegrünung unterstützt. Im Zuge des Haus- und Hofprogramms wurden bereits 45 Gebäude saniert und 2,6 Mio. Euro zusätzlicher privater Investitionen angestoßen.
- *Energieeffizienzquartier Rheinische Straße:* Das Gebiet rund um die Rheinische Straße soll zum Modell für Energieeffizienz werden. Ziel des Projektes ist dabei die Umsetzung von quartiersbezogenen Maßnahmen zur Energieeinsparung. Hierfür stellt die Stadt Dortmund Beratungsangebote für Immobilienbesitzer und Bewohner zur energetischen Modernisierung und Energieeinsparung bereit.
- *Gewerbeleerstand/Agentur für Neue Nutzung:* Um dem Gewerbeleerstand im Gebiet zu begegnen, wurde mit der Agentur für Neue Nutzung im Stadtumbaugebiet ein Beratungsangebot geschaffen, um zusammen mit den Eigentümern neue Nutzungsideen für vorhandene (Gewerbe-)Leerstände zu entwickeln.
- *Union Gewerbehof (Huckarder Straße):* Im Quartier besteht eine große Nachfrage an Flächen für kreativwirtschaftliche Nutzungen, die zunächst über eine geringerer Wirtschaftskraft verfügen. Ursprünglich entstanden durch die Eigeninitiative arbeitsloser Menschen mit Unterstützung von Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und zur lokalen Entwicklung, ist der aus umgenutzten alten Industriegebäuden bestehende Union Gewerbehof mittlerweile Heimat von 75 kleinen und mittleren Unternehmen – nicht nur aus dem Kreativbereich. Gerade für diese Ansiedlungen ist ein Standort mit einem unverwechselbaren Ambiente von Vorteil. Der Union Gewerbehof an der Huckarder Straße bietet ein solches schon heute und ist ein wichtiger Partner im Stadtumbauprozess.
- *Blaues Haus:* Eine erfolgreiche Zwischennutzung hat dem „Blauen Haus“ in der Rheinischen Straße 146 mit seiner seit Jahren leer stehenden Gaststätte neues Leben eingehaucht und den Impuls zu einer Fassadensanierung und Investitionen durch die Eigentümerin gegeben. Die ehemalige Kneipe im Haus wurde im Rahmen eines Projektes zur beruflichen Aktivierung, Integration und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen aufgewertet. Die Räume wurden durch kulturelle Zwischennutzungen (u.a. durch das Krea-



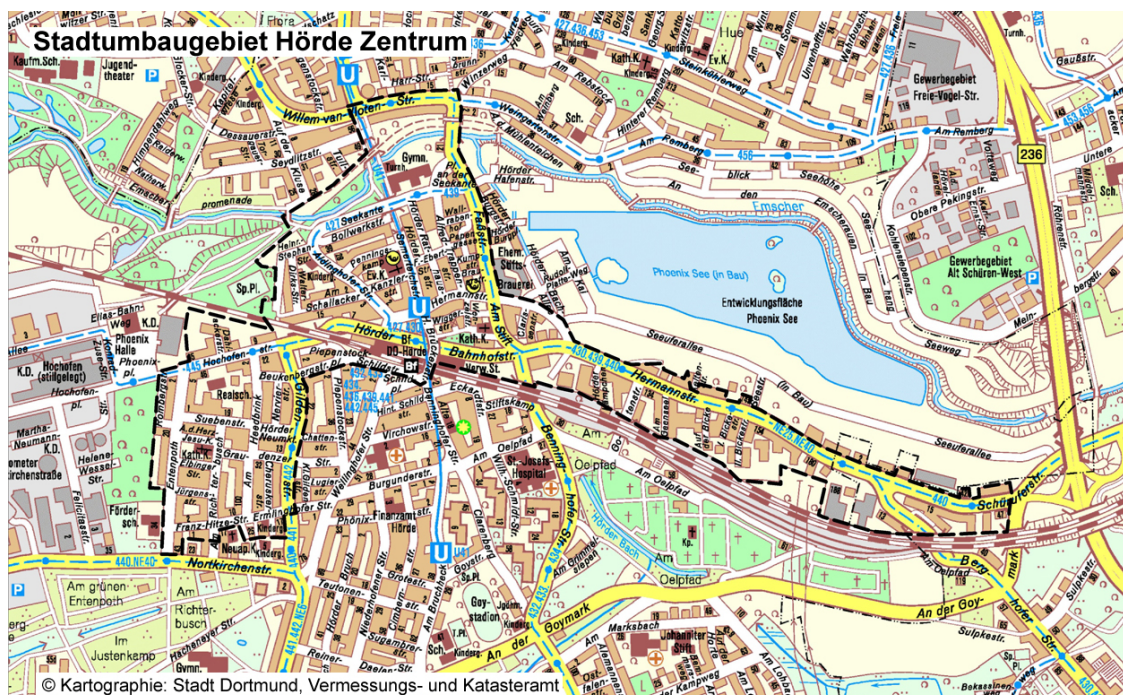
tivnetzwerk „Neue Kolonie West“) bespielt. Mittlerweile sind die Räumlichkeiten ohne Förderung an eine private Malschule vermietet.

- **Quartierscafé U-Jack:** Eine ehemalige Pizzeria wurde auf Initiative aus dem Stadtteil zum Quartierscafé zwischengenutzt. Unter anderem bietet das bei den Bewohnerinnen und Bewohnern beliebte Café, das ebenfalls durch die Teilnehmer/innen einer Beschäftigungsmaßnahme betrieben wird, einen günstigen Mittagstisch und vielfältige Veranstaltungen an. Spezialität ist der „Kakao to Go“ für den Schulweg.



Exkursion 3: Soziale Stadt und Stadtumbau Hörde/Phoenix

Führung: Margarete Bonnenberg, Geschäftsbereich Stadterneuerung des Stadtplanungs- und Bauordnungsamtes der Stadt Dortmund
Brigitte Karhoff, Stadtteilagentur Hörde



Der Dortmunder Stadtteil Hörde, eingemeindet im Jahr 1929, liegt im Süden der Stadt und bildet das Zentrum des gleichnamigen Bezirks. Der Ortsteil umfasst eine Fläche von rund 590 Hektar, auf denen knapp 23.500 Einwohner/innen leben. Geprägt wurde das Gebiet durch Montanindustrie mit dem Stahlwerk Phoenix Ost (geschlossen im Jahr 2001) und dem Hochofen Phoenix West (stillgelegt in 1998). Beide Standorte werden für neue Nutzungen

entwickelt, so dass dem zwischen beiden Orten gelegenen Hörder Zentrum eine (neue) Bindegliedfunktion zukommt. Damit weist der Stadtumbau Hörde drei räumliche Entwicklungsschwerpunkte auf („Dreiklang“):

- *PHOENIX West*: Entwicklung zu einem Standort für innovative Unternehmen insbesondere aus dem Bereich der Mikrosystemtechnik;
- *PHOENIX See*: Entwicklung von Wohn- und Wirtschaftsnutzungen (inklusive Gastronomie) sowie von Grün- und Frei(zeit)flächen um den PHOENIX See;
- *Stadtumbau Hörde Zentrum*: Das Hörder Zentrum mit Einzelhandel, Gastronomie, Dienstleistungen und Wohnfunktion wurde vom Strukturwandel in starkem Maße beeinträchtigt. Ziel ist es daher, das Stadtbezirkzentrum als räumliche und funktionale Mitte zwischen den beiden ehemaligen Industriearealen mit einer Vielzahl von Maßnahmen aus dem wirtschaftlichen, städtebaulichen, kulturellen und sozialen Bereich zu stabilisieren und aufzuwerten.



Finanziert wird der Stadtumbau Hörde Zentrum durch die Städtebauförderungsprogramme Stadtumbau West und Soziale Stadt, durch die Ziel-2-Förderung der EU sowie durch Landes- und kommunale Mittel.

Die Exkursion führte zu einigen zentralen Projekten aller drei Schwerpunktbereiche des Stadtumbaus Hörde, dazu gehörten:



■ **Stadtumbau Hörde Zentrum**

- *Zentrumsbereich Bahnhof Hörde*: Das nicht mehr genutzte alte Bahnhofsgebäude Hörde konnte nicht sinnvoll in die Planungen zur Entwicklung des Zentrenbereichs integriert werden, weshalb es durch einen Neubau ersetzt wurde, der nicht nur die heutige Bahnhofsfunktion enthält, sondern auch Standort für großflächigen Einzelhandel ist (REWE). Diese Entwicklung setzt Impulse für die weitere lokalökonomische Entwicklung des Hörder Zentrums.
- *Hörder Neumarkt*: Der frühere Marktplatz dient heute als Freiraum für die Quartiersbewohnerschaft; seine Gestaltung geht in starkem Maße auf Bewohnerideen zurück; viele kleinere Projekte wie die Anpflanzung von Rosenstöcken konnten aus dem Verfügungsfonds der Sozialen Stadt realisiert werden. Aufkommenden Spannungen, verursacht durch eine Trinkerszene, die sich auf dem Platz angesiedelt hatte (Lärm,



Verschmutzung), begegneten engagierte Anwohnerinnen und Anwohner mit einer offensiven und integrierenden Kontaktaufnahme zu den „Störern“ mit dem Ergebnis eines Konsenses zur Platznutzung.

- *Friedrich-Ebert-Platz*: Der Friedrich-Ebert-Platz war mit Post, Rathaus, Schule und Kirchen das historische Zentrum von Hörde; heute ist er von Wohnnutzungen geprägt; von den alten Gebäuden existieren lediglich noch die Post und eine Kirche. Mit verschiedenen Gestaltungs- und Begrünungsmaßnahmen soll der Platz erneuert und aufgewertet werden.

- *Stadtteilagentur Hörde mit Kunst-/ Kulturprojekt „extraWurst“*: Das Anfang des Jahres 2012 unter Leitung des Kulturbüros der Stadt Dortmund gestartete Projekt „extraWurst_hörde“ hat unter anderem zum Ziel, einen Beitrag zur kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen zu leisten, die kulturellen Potenziale des Stadtteils sichtbar zu machen sowie die lokalen Kunst- und Kulturschaffenden zu vernetzen. Räumlich angesiedelt ist es in der Stadtteilagentur Hörde, die sich im Ladenlokal einer ehemaligen Metzgerei befindet, Quartiersmanagementaufgaben übernimmt (informieren, beraten, beteiligen, vernetzen) und als Treffpunkt und Ausstellungsort für Kunst- und Kulturprojekte dient.



- *Citymanagement Hörde*: Ziel des Citymanagements ist es, das Hörder Zentrum zu einem zukunftsfähigen Einkaufs-, Gastronomie- und Dienstleistungsstandort weiterzuentwickeln. Entsprechend müssen Herausforderungen wie Ladenleerstand, Angebotslücken und ein teilweise nur geringes Qualitätsniveau sowie mangelnde Erweiterungsflächen für lokale Unternehmen in Angriff genommen werden. Auch geht es darum, die Entwicklungen an den beiden Phoenix-Standorten räumlich stärker einzubinden. Zu den konkreten Aufgaben und Angeboten des Citymanagements gehören die Entwicklung eines Stadtmarketingkonzepts, Leerstandsmanagement, Informations- und Beteiligungsveranstaltungen, verschiedene Beratungsangebote für Gewerbetreibende sowie allgemein Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.



▪ Entwicklungsstandort PHOENIX West

- *Kompetenzzentren:* Auf dem 115 Hektar großen Gelände des ehemaligen Hochofenbetriebs wird der Technologie- und Dienstleistungsstandort PHOENIX West unter anderem durch die Förderung von Existenzgründungen entwickelt (Schwerpunkte Mikro-/Nanotechnologie, Produktions- und Informationstechnologie).
- *Umnutzung ehemaliger Industriegebäude:* Für eine ehemalige Halle des Hüttenbetriebs konnte bereits ein Investor gefunden werden; das Gebäude wird für den Kunst- und Kulturbetrieb genutzt. Der Hochofen befindet sich dagegen in „kontrolliertem Verfall“; eine Umnutzung ist bisher nicht absehbar.



▪ Entwicklungsstandort PHOENIX See

- *PHOENIX See:* Der auf dem Gelände des 2001 geschlossenen, nach China verkauften und komplett abgetragenen Stahlwerks ist ein See angelegt worden (24 Hektar, 1.200 Meter Länge, 320 Meter Breite), um den herum unterschiedliche städtebauliche Entwicklungsprojekte realisiert worden sind oder entstehen.
- *Wohnungsneubau:* An der nördlichen und der südöstlichen Seeseite sowie am Hörde zugewandten „Hafen“-Bereich ist ein diversifiziertes, eher hochpreisiges Wohnraumangebot entstanden; weiterer Wohnungsneubau im Uferbereich des Sees ist in Planung. Im Bereich „Hafen“ kommen Büronutzungen und Gastronomieangebote hinzu.
- *Freizeit- und Naherholungsfunktion PHOENIX See:* Ufer- und Freiflächen im Bereich des Sees sind öffentlich zugänglich und können für Freizeitaktivitäten bzw. zur Erholung genutzt werden.



Unternehmen und Stiftungen für die soziale Quartiersentwicklung – Erste Erfahrungen aus dem neuen ExWoSt-Forschungsfeld

Bernhard Faller, Quaestio Forschung & Beratung, Bonn



Zunehmend wird erkannt, dass die Gesellschaft ihre Aufgaben nicht ausschließlich durch Delegation an den Markt und an den Staat lösen kann. Dies dokumentiert sich unter anderem in einer steigenden Engagementbereitschaft von Unternehmen (*Corporate Social Responsibility*, *Corporate Citizenship*) und Stiftungen. Die soziale Quartiersentwicklung als integrierter strategischer Ansatz ist dabei bislang jedoch noch unzureichend als eigenständiger Engagementbereich verankert. Empirische Ergebnisse lassen erkennen, dass sowohl Unternehmen als auch Stiftungen zwar überwiegend einen lokalen Bezugsrahmen für ihr Engagement sehen und auch eine hohe Affinität zu sozialen Themen haben. Gleichzeitig wird jedoch deutlich, dass vor allem ein kurzfristiges projektbezogenes Engagement dominiert. Auch scheint eine gewisse Zurückhaltung gegenüber politisch beeinflussten Engagementbereichen aufgrund der damit oftmals verbundenen komplexen Entscheidungs- und Handlungskonstellationen gegeben zu sein.

Vor diesem Hintergrund soll im ExWoSt-Forschungsfeld erprobt werden, wie die Einbeziehung von Unternehmen und Stiftungen in die soziale Quartiersentwicklung gelingen kann. Dies betrifft sowohl die Ansprache von Unternehmen und Stiftungen als auch ihre konkrete Einbindung in Kooperationsbeziehungen sowohl auf der Projekt- als auch auf der Stadtteilebene. Insgesamt werden seit Jahresbeginn 2013 acht Modellvorhaben gefördert, die sich drei Schwerpunktaufgaben zuordnen lassen:

- *Aufbau eines Unterstützungsnetzwerkes für die soziale Quartiersentwicklung:* Die Modellvorhaben Kiel (Ostufer), Wuppertal (Oberbarmen-Wichlinghausen) und Hannover (Sahlkamp/Vahrenheide) zielen darauf, Unternehmen und Stiftungen auch unabhängig von leicht vermittelbaren Einzelprojekten anzusprechen und in ein Unterstützungsnetzwerk einzubinden; Modell sind die Stadtteilpatenschaften in Nürnberg.
- *Vertiefung bestehender Kooperationen zur Lösung von Einzelaufgaben:* In Bad Oldesloe (Schanzenbarg) soll mit lokalen Unternehmen ein Nachbarschaftszentrum aufgebaut werden. In Bremen (Neue Vahr) wird ein bestehendes Netzwerk zur Praktika- und Lehrstellenvermittlung weiterentwickelt, im Leipziger Osten beabsichtigt ein Verein (HausHalten e.V) die Gründung eines Unternehmens, das mit Unterstützung der lokalen Immobilienwirtschaft leerstehende Gebäude aufkauft, saniert und einer neuen, sozial orientierten Nutzung zuführt. In Hamburg (Neuwiedenthal) soll der Verbund der Bildungsträger unter Einbeziehung zweier leistungsfähiger Stiftungen verbessert werden.
- *Einbeziehung von Unternehmen und Stiftungen in Steuerungsaufgaben der sozialen Quartiersentwicklung:* Alle Modellvorhaben erproben, inwieweit sich Stiftungen und

Unternehmen in feste Partnerschaften auf der Ebene der Projektsteuerung oder der Gesamtsteuerung der sozialen Quartiersentwicklung einbinden lassen.

Das ExWoSt-Forschungsfeld soll praktische Erkenntnisse für die lokale Ebene liefern. Daneben werden jedoch auch Überlegungen angestellt, wie die soziale Quartiersentwicklung als potenzieller Engagementbereich durch übergeordnete Aktivitäten besser in der Wahrnehmung von Unternehmen und Stiftungen verankert werden kann.

Neue Nachbarschaften – Verantwortung für das Miteinander vor Ort. Erfahrungen und Gute Beispiele

Robert Ambrée, Montag Stiftung Urbane Räume, Bonn

Die bundesweite Preisauslobung „Projekt: Neue Nachbarschaft“ (Einreichungszeitraum September bis Dezember 2012) stellt einen Meilenstein im gut siebenjährigen Bestehen der Montag Stiftung Urbane Räume dar. Gleichzeitig ist sie ein zentrales stiftungsstrategisches Instrument für die Entwicklung des Programmbereichs „Nachbarschaften“ der Stiftung.



Ziele der Auslobung waren zum einen, bestehende Projekte/Initiativen, die sich in und für ihre/r Nachbarschaft einsetzen, gebührend wertzuschätzen und die Geschichten der Menschen dahinter erzählen zu können. Zum anderen ging es darum zu erfahren, was es für Projekte mit welchen thematischen Schwerpunkten gibt, um unter diesen solche zu identifizieren, die für das zukünftige Engagement der Stiftung bedeutsam sein können.

Um die äußerst breite Zielgruppe zu erreichen, wurde ein hoher kommunikativer Aufwand betrieben (bundesweite Kampagne). Zur Zielerreichung wies das Auslobungsprofil zudem einige Besonderheiten auf:

- die Auslobung stand nicht nur bestehenden, sondern auch geplanten sowie gescheiterten Projekten/Initiativen offen,
- es gab eine laufend aktualisierte Veröffentlichung der Einreichungen,
- alle nominierten Einreichungen wurden bereit,
- die Preisgeldvergabe orientierte sich an dem von den Einreichern selbst formulierten Bedarf.

Insgesamt haben sich 623 Projekte/Initiativen für den Preis beworben. Die thematische Bandbreite ist erwartet groß. Besonders viele Einreichungen setzen sich mit den Facetten des demografischen Wandels auseinander: interkulturelles Zusammenleben, Dorferhalt und Sicherung der Nahversorgung unter Schrumpfungsbedingungen, würdevolles Altern. Überra-

schend viele Projekte wollen Immobilien bewirtschaften, verwalten oder erwerben, um in ihnen gemeinwohlorientierte Zentren für die Nachbarschaft bzw. den Stadtteil nutzergetragen (wieder-)herzurichten. Überhaupt besteht ein großer Bedarf, Orte („Räume“) zu schaffen, in denen Gemeinschaft gelebt werden kann. Wieder andere Initiativen suchen nach alternativen, lokalen und nachhaltigen Formen des Wirtschaftens: Urban Gardening, Transition Town, Stadtteilbanken.

Die 22 ausgezeichneten Beiträge (Preisverleihung: 28.05.2013) setzen sich in besonderem Maße – einfallsreich, überraschend, offen, inklusiv, Grenzen überschreitend, verantwortungsbewusst, mutig, ins eigene Risiko gehend – für ihre Nachbarschaften ein und stehen damit stellvertretend für die nahezu durchweg hohe Qualität aller Einreichungen.



Die Montag Stiftung Urbane Räume wird ihren zukünftigen Fokus „Neue“ Nachbarschaft weiterhin bedarfsorientiert auf die Unterstützung und Förderung solcher Initiativen legen.

Ausblick

Nicole Graf, Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung, Berlin



Zum Abschluss dankte Nicole Graf den Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die vielen fruchtbaren Diskussionen und den regen Austausch, der auch am Rande der Veranstaltung zu Stande gekommen sei. Das Konzept der Transferwerkstatt funktioniere somit auch in der Sozialen Stadt sehr gut. Insofern strebe der Bund sehr gerne eine Fortführung an.

Nach den beiden Tagen könne man zusammenfassend feststellen, dass das Programm Soziale Stadt inhaltlich und strukturell nach wie vor ganz gut aufgestellt sei. Es habe sich jedoch auch gezeigt, dass es weiterhin viel zu tun gebe, insbesondere im Hinblick auf eine Verbesserung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit. Dies nehme sie nicht nur für die kommunale oder Landesebene mit, sondern gerade auch für die Bundesebene. Seitens anderer Ressorts gebe es einige positive Signale. Die Modellvorhaben, deren Wegfall vielfach kritisiert worden sei, hätten gute Beispiele hervorgebracht, wie eine ressortübergreifende bzw. fachübergreifende Zusammenarbeit in der Praxis funktionieren könne. Insofern bestehe die nicht unberechtigte Hoffnung, dass hier auch eine Chance für einen Neuanfang liege.

Vor diesem Hintergrund würden seitens des Bundes auch die Ergebnisse des am Vormittag vorgestellten neuen Forschungsfeldes „Unternehmen und Stiftungen für die soziale Quartiersentwicklung“ im Experimentellen Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) mit Interesse erwartet. Hier gehe es in erster Linie darum, das Miteinander zu verbessern und vorhandene Potenziale sichtbar zu machen. Hier gebe es bereits gute Beispiele in der Sozialen Stadt und im Rahmen von Modellvorhaben. Erst der zweite Schritt sei dann, das vorhandene Engagement von Unternehmen und Stiftungen stärker strukturell für die soziale Quartiersentwicklung zu gewinnen. Mit dem Forschungsfeld wolle der Bund diese sinnvolle Kooperation von Stadtentwicklung und sozialem Unternehmertum in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen.

Eine weitere Erkenntnis der Transferwerkstatt sei, dass die Vorgabe von Leitlinien durch Bund und Länder für das Gelingen der Projekte durchaus unterstützend wirken könne. Solche Rahmenbedingungen schlossen selbstverständlich das Engagement und die Ideen vor Ort nicht aus. Beides müsse sich sinnvoll ergänzen.

Abschließend dankte Frau Graf den Referentinnen und Referenten, den zahlreichen Kolleginnen und Kollegen aus den Ländern für ihre Teilnahme und den Austausch, der Stadt Dortmund für die Gastfreundschaft, sowie der Bundestransferstelle Soziale Stadt und allen Kolleginnen und Kollegen für Vorbereitung und Durchführung der Transferwerkstatt.